

XXIV. GP.-NR

432 /J

12. Dez. 2008

Anfrage

des Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter
an die Frau Bundesministerin für Inneres
betreffend Zusammenarbeit mit geeigneten serbischen Dienststellen bezüglich Schlepperbekämpfungsmaßnahmen

Im Jahresbericht 2007 des BM für Inneres „Organisierte Schlepperkriminalität Illegale Migration. Lagebericht. Statistiken. Operative Analysen“ vom Jänner d. J. wurde die Entwicklung bei der organisierten Schlepperkriminalität wie folgt dargestellt:

„...Steigerungen war bei Staatsangehörigen der Russischen Föderation (+8,34%) und Irak (+40,99%) zu verzeichnen. ...Bei den Aufgriffsbezirken⁴ führt Baden (21%), vor Wien-Umgebung (12%), Innsbruck-Land (8%) und Vöcklabruck (6%).“ (S. 4)

„4) führende Aufgriffsbezirke:

Baden – von insgesamt 3.183 Personen waren 3.096 geschleppte Personen, die zum größten Teil ohne aufgegriffen zu werden in der EAST-Ost in Traiskirchen um Asyl ansuchten (Asyldirektantragsteller)

Wien-Umgebung – hauptsächlich handelt es sich dabei um Aufgriffe am Flughafen Wien-Schwechat Aus EDV-technischen Gründen wurden die Aufgriffe im Jahr 2006 noch im Bezirk Schwechat, 2007 aber im Bezirk Wien-Umgebung erfasst. Im Gegensatz dazu, kam es im Bezirk Schwechat zu einem Rückgang von -97,02%.“ (S. 8)

Zu den Bezirken mit den meisten Aufgriffen gehörten Innsbruck-Land, Villach-Land, Bruck/Leitha, Neusiedl/See, Gmünd, Wien-Umgebung, Baden, Mistelbach, Schärding, Salzburg-Umgebung, Freistadt, Wiener Neustadt, Leibnitz, Eisenstadt-Umgebung und Hollabrunn (vgl. S. 17).

„Führende Nationalitäten bei den geschleppten Personen sind: Russische Föderation (1.664), Serbien (1.447), Moldawien (772), Ukraine (612) und Irak (547).“ (S. 4)

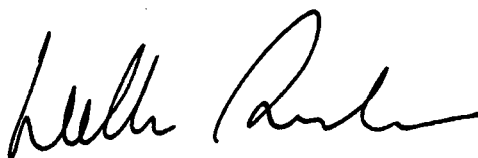
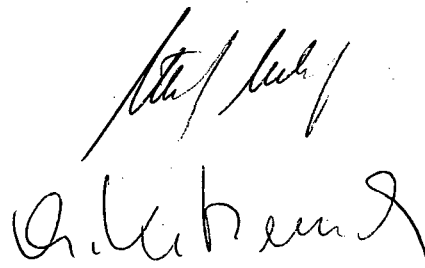
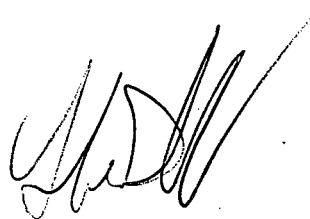
Der Bericht schließt mit einer Empfehlung zur Neuanpassung der Schlepperbekämpfungsmaßnahmen, die durch den Wegfall der Grenzkontrollen infolge der Schengenerweiterung notwendig geworden ist:

„Im Bereich der internationalen Kooperation müssen, bedingt durch umfangreiche Umstrukturierungen in manchen Partnerländern (z.B. Zusammenlegung der Grenzwaiche mit der Polizei in Ungarn), komplett neue Kontakte geknüpft werden, da vormals bestehende Dienststellen / institutionalisierte Mechanismen der Zusammenarbeit nicht mehr existent sind. Ein Schwerpunkt für 2008 sollte auch die Intensivierung der operativen Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern sein, insbesondere auch mit den jetzigen Schengenanrainerstaaten Ukraine und Belarus.“

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Inneres folgende

Anfrage:

1. Konnten, entsprechend den Empfehlungen des Berichts „Organisierte Schlepperkriminalität“ bereits neue Kontakte zu serbischen Dienststellen geknüpft werden?
2. Falls ja, zu welchen Dienststellen?
3. Falls nein, warum nicht?
4. Falls nein, planen Sie, in Zukunft entsprechend den Empfehlungen des Berichts „Organisierte Schlepperkriminalität“ neue Kontakte zu serbischen Dienststellen zu knüpfen?
5. Falls ja, zu welchen Dienststellen?
6. Falls nein, warum nicht?



Wien am
12. DEZ. 2008